Dr. Sebastian Müller, Heiko Holtgrave
AKOPLAN – Institut für soziale und ökologische Planung e.V.

Armutsentwicklung oder Soziale Metropole Ruhr:

Eine Herausforderung für die Stadt- und Regionalentwicklung im Ruhrgebiet

Beitrag für das Planernetzwerk des Regionalverbandes Ruhr
21.06.2013 in Essen

Übersicht

0. **Unser Anliegen**
1. **Die (materielle) Armut fällt nicht vom Himmel**
2. **Was Erkenntnis und Armutsbekämpfung erschwert**
3. **Sozialräumliche Kontexte für eine wirksame Armutsbekämpfung**
4. **Lokale Leuchttürme der Armutsbekämpfung: Anknüpfungspunkt für regionale Strategien**
5. **Regionales Netzwerk Armutsbekämpfung, Armutsbericht für die Region (Fazit)**

natürlich hat das Ruhrgebiet Strukturprobleme ...
aber man soll auch nicht so tun, als sei alles 'hausgemacht'

Das Ruhrgebiet ist wegen seiner Armutsproblematiken in den letzten Jahren wiederholt in die bundesweiten Schlagzeilen geraten. Dazu haben verschiedene Studien beigetragen, insbesondere vom Paritätischen und von Creditreform, die bundesweite Kennziffern auf die regionale Ebene heruntergebrochen und damit zugleich neue Standards gesetzt haben.

Ulrich Schneider; Hauptgeschäftsführer des Paritätischen: „ Wir haben uns viel zu lange durch bundesweite Durchschnittsquoten blenden lassen. Der Mensch lebt aber in der Region, nicht im Durchschnitt.“
Beim Ruhrgebiet handele es sich um eine „neue Problemregion mit besorgnis-erregender Dynamik“, so eine Studie des Paritätischen Ende 2011 mit Blick auf die hier vorgefundenen Armutsquoten.

Besonders dramatisch stelle sich die Situation von Kindern dar. „Jedes vierte Kind im Ruhrgebiet lebt von Hartz IV“ (Titel eines WAZ-Artikels v. 29.2.2012). Die Quote der Kinder im Hartz IV-Bezug liege „mit 25,6 Prozent mittlerweile höher als in Ostdeutschland“, Gelsenkirchen nehme mit einer Quote von 34,3 % einen traurigen Spitzenplatz ein, noch vor Berlin. Die Entwicklung in - eher unverdächtigen – Revierstädten wie Mülheim und Hamm, mit Zuwächsen von bis zu 48 % innerhalb von 5 Jahren (2005-2010), „komme einem armutspolitischen Erdrutsch gleich“ (PM Paritätische v. 29.2.2012).

Das kann und darf Regionalplanung bzw. Regionalentwicklung nicht ignorieren. Deshalb sind wir froh, dass unsere Initiative von Januar d.J. beim Regional-verband auf fruchtbaren Boden gefallen ist und wir heute Gelegenheit haben, unsere Wahrnehmungen und Vorschläge zum Thema vorzutragen.

Doch bevor wir konkret einsteigen, möchten wir an einige Dinge erinnern. Sie helfen uns, die Dimensionen besser einzuordnen.

Denn im Zuge diverser deutscher Steuerrechtsänderungen seit Ende der 90er Jahre, euphemisch „Steuerreformen“ genannt, der sog. Arbeitsmarktreformen (insbesondere der „Hartz-Gesetze“) und dem „Umbau“ (Rückbau) der Sozialversicherungssysteme hat in den letzten fünfzehn Jahren eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben stattgefunden, die – auf der materiellen Ebene – unter anderem folgendes bewirkt haben:

- eine starke Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen
- eine zunehmende Spreizung von Einkommen und Vermögen bei privaten Haushalten quer über die Republik
- eine rasche Zunahme – und mittlerweile Verfestigung – von privater Armut. Wir haben uns schon fast wieder daran gewöhnt, dass (länger andauernde) Arbeitslosigkeit und ein Leben in – oder am Rande von – Armut in Deutschland wieder zusammengehören, wie zwei Seiten der gleichen Medaille
- eine Schwächung der Finanzkraft der unteren Gebietskörperschaften

1. Die Armut fällt nicht vom Himmel

Daten zur Einkommens- und Vermögensentwicklung in der Bundesrepublik

Gespaltene Einkommensverhältnisse in Deutschland 1998/2008

Verluste in den unteren und mittleren Einkommensgruppen. Richtige Zuwächse nur bei den Besserverdienenden.

Einkommensanteile am verfügbaren Einkommen[1)] in Deutschland für zehn Gruppen (Dezile) von Privathaushalten

Dezil	in % des Gesamteinkommens 1998	In % des Gesamteinkommens 2008
1. (unterstes) Dezil	3,5	3,6
2. Dezil	5,7	5,1
3. Dezil	6,8	6,3
4. Dezil	7,7	7,3
5. Dezil	8,6	8,3
6. Dezil	9,4	9,3
7. Dezil	10,6	10,5
8. Dezil	12,0	12,2
9. Dezil	14,3	14,7
10. (oberstes) Dezil	21,3	22,7

Die unteren vier Dezile haben zusammen genommen weniger noch als das oberste (10.) Dezil allein. Die reichsten 10 % der Haushalte verfügten im Jahr 2008 über fast ein Viertel des gesamten Einkommens.

1) Haushalts- Nettoeinkommen, äquivalenzgewichtet mit neuer OECD-Skala.
Quelle: Hauser/Becker u. a., Gutachten für den Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2007 (Datenbasis SOEP); Zahlen für 2008 aus dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht (Datenbasis: EVS). Zusammengestellt von WSI/Böckler-Stiftung und Akoplan

Gespaltener Wohlstands-Zuwachs anhand der Monatslöhne - Entwicklung seit 2000 -

Inflationsbereinigte Netto-Monatslöhne[1)] von Arbeitnehmern[2)]

	Arbeitnehmer, die mit ihrem Lohn zum …Dezil zählen				
Dezil	Monatslöhne in Euro			Veränderung in Prozent	
	2000	2005	2010	2000 - 2010	2005 - 2010
unteren (ersten 10 %)	270	233	211	-21,9	-9,4
zweiten	520	445	435	-16,3	-2,2
dritten	835	729	705	-15,6	-3,3
vierten	1.073	1.009	963	-10,3	-4,6
fünften	1.258	1.229	1.193	-5,2	-2,9
sechsten	1.421	1.432	1.412	-0,6	-1,4
siebten	1.601	1.634	1.609	0,5	-1,5
achten	1.841	1.877	1.836	-0,3	-2,2
neunten	2.219	2.251	2.215	-0,2	-1,6
oberen (zehnten 10 %)	3.419	3.418	3.446	0,8	0,8

1) in Preisen von 2005
2) in allen Arbeitsverhältnissen (aber nur mit der jeweiligen Hauptbeschäftigung); laufende Löhne ohne Sonderzahlungen, Boni o. ä.
Quelle: DIW/SOEP (Grabka) 2011; zusammengestellt von WSI/Böckler-Stiftung

Die Zahl der Vollzeit-Beschäftigten im Niedriglohnsektor nimmt zu

(in % aller Vollzeit-Beschäftigten des entsprechenden Jahres)

Jahr	Deutschland	West	Ost
1999	19,0	14,6	35,5
2000	19,3	15,0	36,1
2001	19,6	15,4	36,5
2002	19,8	15,7	36,5
2003	20,3	16,1	37,6
2004	20,7	16,7	37,6
2005	21,2	17,2	38,3
2006	21,8	17,8	39,0
2007	22,1	18,1	39,3
2008	22,3	18,2	39,8
2009	22,3	18,2	39,9
2010	22,8	18,7	40,1

Anmerkungen: Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) unter der Niedriglohnschwelle (nach OECD-Definition) von 1.802 Euro im Monat (hier genau: 1.800 Euro)

Quelle: Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2011).
zusammengestellt von WSI/Böckler-Stiftung

Struktur der Vollzeit-Niedriglöhner in Deutschland – Moment-Aufnahme 2010

Strukturmerkmal	Beschäftigte absolut	in %
Insgesamt	**4.657.622**	**22,7**
darunter		
Männer	**2.099.154**	**16,1**
Frauen	**2.558.468**	**34,3**
darunter		
unter 25 Jahren	**715.163**	**48,6**
im Gastgewerbe tätig	**376.080**	**72,0**
in priv. Haushalten tätig	**15.509**	**72,8**

Anmerkungen:
Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) unter der Niedriglohnschwelle (nach OECD-Definition) von 1.802 Euro im Monat (hier genau: 1.800 Euro)
Prozentzahlen: In Prozent aller Vollzeitbeschäftigten mit dem jeweiligen Merkmal.

Quelle: Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2011).
zusammengestellt von WSI/Böckler-Stiftung

Gespaltene Vermögensverhältnisse - Entwicklung seit 2002 -

Anteile des privaten Nettovermögens am privaten Gesamtvermögen in Deutschland nach Dezilen

Dezil	in % des privaten Gesamtvermögens 2002	in % des privaten Gesamtvermögens 2007
1. (unterstes) Dezil	-1,2	-1,6
2. Dezil	0,0	0,0
3. Dezil	0,0	0,0
4. Dezil	0,4	0,4
5. Dezil	1,3	1,2
6. Dezil	2,8	2,8
7. Dezil	7,0	6,0
8. Dezil	11,8	11,1
9.Dezil	19,9	19,0
10. (höchstes) Dezil	57,9	61,1

Beim Vermögen haben inzwischen 2 Drittel fast nichts, ein Drittel fast alles. Im Verlauf der hier abgebildeten 5 Jahre hat der Vermögensanteil der reichsten 3 Dezile die 90-Prozent-Schwelle überschritten.

Basis: Personen in Privathaushalten im Alter ab 17 Jahren.
Quelle: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive einem 0.1 % Top-Coding.
zusammengestellt von WSI/Böckler-Stiftung

Nur noch wenige Arbeitslose erhalten Lohnersatz-Leistungen nach dem SGB III / Arbeitsförderung - zum Beispiel in Dortmund:

hier: Daten für den Agenturbezirk Dortmund*, jeweils für den Monat Juni

Monat/Jahr	Gemeldete Arbeitslose	davon Arbeitslose im Leistungsbezug SGB III	in Prozent
Juni 2009	46.855	10.441	22,3
Juni 2010	46.351	9.210	19,9
Juni 2011	44.757	8.096	18,1
Juni 2012	46.128	8.425	18,3

Nur einer von fünf Arbeitslosen erhält hier noch Versicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch III (Arbeitslosengeld).
Alle anderen haben keine Versicherungsansprüche (mehr) und müssen von Sozialleistungen nach SGB II (Hartz IV) leben, sofern „Bedürftigkeit“ im Sinne des Gesetzes vorliegt.

* in den alten Grenzen, also mit den Nebenstellen Schwerte und Lünen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik nach Regionen, RD Nordrhein-Westfalen, Agentur Dortmund
zusammengestellt von Akoplan

Wer bezahlt den Staat? Die Steuerlastverteilung ist mehr als ungerecht.

Steuerarten in % des gesamten Steueraufkommens

Teil 1

	1960	1970	2080	2000	2005	2007	2009	2010
Anteil der „Massensteuern“								
Lohnsteuer1)2)	11,8	22,8	30,6	31,6	28,0	26,0	27,4	25,7
Umsatz- und Verbrauchsteuern3)	21,7	17,4	25,6	34,3	36,2	35.9	38,1	38,2
Mineralöl- bzw. Energiesteuer4)	3,0	7,5	5,8	8,2	8,9	7,2	7,6	7,5
Zusammen	**37,5**	**47,7**	**62**	**74,1**	**73,1**	**69,1**	**73,1**	**71,4**

Erläuterungen zur Gesamttabelle:
1) Einschließlich Solidaritätszuschlag. – 2) Nach Abzug des seit 1996 aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Kindergeldes und der Altersvorsorgezulage für die Riesterrente.- 3) Neben Umsatzsteuern ausgewählte Verbrauchsteuern: Strom-, Tabak-, Branntwein-, Kaffeesteuer. – 4) Nach Abzug der aus dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer gezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und Erstattungen an Arbeitnehmer.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen/Arbeitskreis Steuerschätzung (Mai 2011) und Berechnungen von Dr. Claus Schäfer, WSI
zusammengestellt von WSI/Hans-Böckler-Stiftung

Wer bezahlt den Staat? Die Steuerlastverteilung ist mehr als ungerecht.

Steuerarten in % des gesamten Steueraufkommens

Teil 2

	1960	1970	2080	2000	2005	2007	2009	2010
Anteil der Gewinnsteuern								
Veranlagte Einkommensteuer1)4)	13,5	10,4	10,1	2,9	2,4	4,9	5,3	6,2
Nicht veranlagte Steuer v. Ertrag1)	1,2	1,3	1,2	2,9	2,3	2,7	2,5	2,6
Körperschaftsteuer1)	9,5	5,7	5,8	5,1	3,8	5,0	1,5	2,4
Gewerbesteuern	10,5	7,9	7,8	5,8	7,1	7,5	6,2	6,7
Zinsabschlag/Abgeltungssteuer 1)	-	-	-	1,6	1,6	2,2	2,5	1,7
Zusammen	**34,7**	**25,5**	**24,9**	**18,3**	**17,2**	**22,3**	**18,0**	**19,6**
Anteil der sonstigen Steuern								
Zusammen	**27,8**	**27,1**	**13,1**	**7,6**	**9,7**	**8,6**	**8,9**	**9,0**

Erläuterungen s.o., unter Teil 1 der Tabelle

Infolge diverser „Steuerreformen“, die unter dem Strich vor allem die Reichen noch reicher machten, steht der Öffentlichen Hand deutlich weniger Geld zur Verfügung. Leidtragende sind insbesondere die Kommunen.

Kumulierte und saldierte Einnahmeverluste der Öffentlichen Hand im Zeitraum 2000-2011, ausgelöst durch „Steuerreformen“ unter der Regierung von

Rot-Grün	- 431,1 Mrd. €
Schwarz-Rot	+ 54,9 Mrd. €
Schwarz-Gelb	- 14,3 Mrd. €
Zusammen	- 390,5 Mrd. €

Quelle: WSI/Hans-Böckler-Stiftung

Wer lernen: Die materielle Armut und die Spreizung von Einkommen und Vermögen sind nicht allein Ausfluss der besonderen Strukturprobleme des Ruhrgebiets. Sie sind in erster Linie das Ergebnis einer verfehlten, neoliberalen Politik auf Bundesebene! Selbst Bayern, das Bundesland mit der niedrigsten Hartz IV-Quote bei Kindern, wies Ende 2011 einen Wert von knapp 7 Prozent auf.*

Klar: Die großen Schrauben, an denen gedreht werden müsste, um eine Umkehr zu bewirken, liegen nicht in der Reichweite von Kommunen - und erst recht nicht in der Reichweite kommunaler PlanerInnen.

Aber: Die wachsende Armut geht uns alle an. Nicht so sehr als abstraktes Phänomen, einer Frage allein von Moral,
sondern weil sie nicht vereinbar ist mit unseren Vorstellungen von einem guten Leben und – damit sind wir noch näher an uns dran (ein durchaus legitimer Eigennutz) – unvereinbar mit einer Umwelt, in der WIR gerne leben möchten.

* Kinder unter 15 Jahren. Quelle: Arme Kinder – arme Eltern. Studie des Paritätischen Gesamtverbands. Berlin, Feb. 2012. S. 28

Wir wollen mit unserer Initiative und unseren nachfolgenden Vorschlägen weniger an das MITGEFÜHL der anwesenden Planer appellieren (und fänden uns als bloße Fürsprecher der berühmten "Beladenen und Entrechteten" gründlich missverstanden), wir haben es nicht mal nötig, künstlich zu dramatisieren. Wir appellieren vielmehr an - eigentlich – SELBSTVERSTÄNDLICHES:

Nämlich ein Dach über den Kopf zu haben, genug zu Futtern, am allgemeinen Leben teilhaben, ab und zu auch mal in die Kneipe gehen zu können, ein bißchen Geld für Klamotten, Schminke und so'n Zeug zu haben, vielleicht auch für die eine oder andere Kulturveranstaltung, für Bildung (jenseits der von der Arge verordneten), etc. etc.- egal, ob man gerade eine (bezahlte) Arbeit hat oder keine. Eben ohne allzu große materielle Nöte - und in Würde - leben zu können.

Selbstverständliches, das bestimmten Leuten und gesellschaftlichen Kreisen jedoch kraft eines "Sozialgesetzbuchs" schlicht vorenthalten wird.

2. Was Erkenntnis und Armutsbekämpfung erschwert oder behindert

Statistische Schönfärberei torpediert Armutsbekämpfung

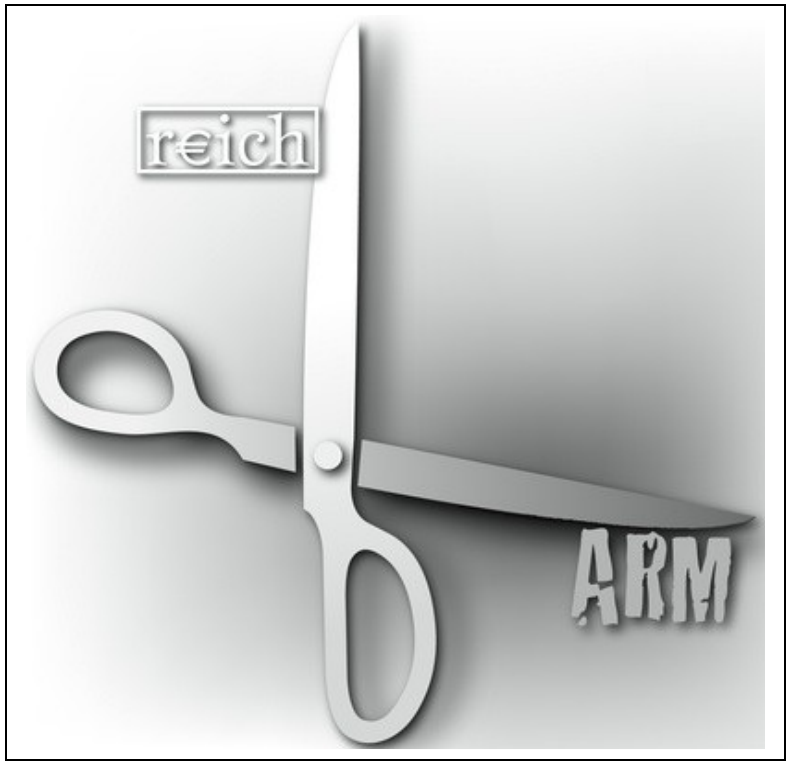
Aus den Daten der registrierten Arbeitslosigkeit sind im Verlauf der letzten Jahre immer mehr Teilgruppen künstlich heraus-gerechnet worden.
Die Bundesagentur für Arbeit (BA) weist aber seit 2009 neben den Arbeitslosenzahlen auch Daten zur sog. Unterbeschäftigung aus (auf Kreisebene). Diese enthalten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die „Personen, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsförderung oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind“. Dadurch wird ein wesentlich realistischeres Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung gezeichnet.
Auch hier nicht enthalten jedoch: die sog. Stille Reserve

Vergleich Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in Dortmund Stadt 2009-2012 (Jahresdurchschnittswerte)

Jahr	Alo-Quote in %*	Gemeldete Arbeitslose	Umfang Unterbeschäftigung o.K.**
2009	13,1	37.290	52181
2010	13,0	37.007	51.738
2011	12,8	36.327	48.470
2012	13,1	37.470	k.A.

*in % aller zivilen Erwerbspersonen ** o.K.= ohne Kurzarbeit
Quelle: Eingliederungsbilanz Jobcenter Dortmund 2011, Tab. 7 I; Strukturdaten und -indikatoren Agentur für Arbeit Dortmund Juni 2013.
Zusammengestellt von Akoplan

„Deutsche Zustände“ – Die Oberschicht setzt vermehrt auf Elitenvorrechte



Auch das erschwert Armutsbekämpfung:

Es steigt der „Prozentsatz der Personen, die der Meinung sind, sie erhielten weniger als ihren gerechten Anteil“. Unter den Befragten mit niedrigem Einkommen geht er zurück, unter den Befragten mit hohem Einkommen steigt er seit 2005 von 9,1% auf 22,7% im Jahr 2010.

Das „Einfordern von Etabliertenvorrechten“ steigt über alle Einkommensklassen seit 2009 an, in der höchsten Einkommensgruppe jedoch signifikant um $p < ,05$. Ebenfalls signifikant steigen hier islamophobe und fremdenfeindliche Einstellungen. (vgl. Heitmeyer 2010, Abb. 4, 7-9)

Eine Jargon der Verachtung macht sich im Armutsdiskurs breit

Der öffentliche Diskurs thematisiert mit Sarazin, Broder, Sloterdijk u.a. angebliche Unterschichtenmentalität, Faulenzertum versus Bevorrechtigung von Leistungsträgern.

„Angesichts der Tatsache, dass bereits heute 60% der Bürger der Ansicht sind, dass in Deutschland zu viele sozial schwache Menschen mitversorgt werden müssen, und dass bereits ein Drittel der Deutschen meint, dass wir es uns in Zukunft nicht mehr leisten können, allen Menschen gleiche Rechte zuzugestehen, wird deutlich, wie labil der gesellschaftliche Konsens hinsichtlich demokratischer Kernprinzipien bereits ist.“

(Heitmeyer 2010, S. 265)

4. Lokale Leuchttürme der Armutsbekämpfung:

Anknüpfungspunkte für regionale Strategien

Wie wird Armutsbekämpfung möglich – wie ist sie regional möglich?

Für die Bekämpfung von Armut bzw. ihre Eindämmung sind nationale Regulative für Arbeitsmarktpolitik, Schul- und Sozialpolitik entscheidend. Sie sind durch eine Region wie die Region Ruhr nur indirekt und in Maßen politisch zu beeinflussen.

Die Praxis der Bekämpfung der Armut und der Verteilung von Hilfen ist jedoch an Menschen in lokalen, quartiersmäßigen bis kommunalen sozialräumlichen Kontexte gebunden. Für diese kann eine Region wie die Region Ruhr Regelungen treffen und freiwillige Leistungen erbringen. Daran kann sie niemand wirklich hindern.

Könnte die Region Ruhr nicht auch sinnvoll koordinierend und vernetzend in diesem Feld tätig werden?

Lokale Leuchttürme der Armutsbekämpfung: Anknüpfungspunkt für regionale Strategien – Beispiel Beschäftigungsförderung

Die **GrünBau gGmbH** **ist eine Ausgründung von Sozialarbeitern und Raumplanern im Jahr 1990 aus dem Dortmunder „Planerladen“.**

Grünbau hat früh angefangen, hartnäckig einen Teil der Mittel für Beschäftigungsförderung und Jugendhilfe auch über Aufträge am Markt für Garten- und Landschaftsbau, dann über Sicherheitsposten im Verkehr und Baudienstleistungen etc. zu erwirtschaften.

Zum Stammpersonal von GrünBau in der Dortmunder Nordstadt gehören mittlerweile 135 Personen unterschiedlichster Berufe. Zusätzlich werden 340 Berufshilfe- und Betreuungsplätze für Langzeitarbeitslose und Jugendliche bereitgestellt.

In der Beschäftigungsförderung ist die Kombination von Naturschutz- oder Stadterneuerungsmaßnahmen mit Arbeitsmarktprojekten ein gutes Beispiel. Sie wird durch einen Erlass des Landesumweltministers aus dem Jahr 2010 ausdrücklich befürwortet (s. nächste Folie)

Beschäftigungsförderung

Aus dem Erlass des Ministers Umwelt- und Naturschutz, Landschaft und Verbraucherschutz NRW vom 5. Mai 2010:

„In den integrierten Handlungskonzepten zur Stadt- und Regionalentwicklung wird neben den Fördermöglichkeiten des Operationellen Programms Ziel 2 EFRE (2007-2013) für NRW (OP) auch auf arbeitsmarktpolitische Förderzugänge des SGB II/III hingewiesen. Teilweise werden strukturverbessernde Maßnahmen, gefördert aus der Prioritätsachse 3 des Ziel 2 Programms, in geeigneten Teilbereichen des OP direkt mit Arbeitsmarktprojekten gefördert aus Mitteln des SGB II/III kombiniert. (...) Über die Voraussetzungen und das Verfahren entscheiden die örtlich zuständigen Agenturen für Arbeit bzw. Grundsicherungsstellen (ARGEN und Options-kommunen).“

Das Angebot öffentlich finanzierter Beschäftigungsprogramme ist unübersichtlich. Es hat sich in der letzten Dekade ständig diversifiziert. Ob dadurch heute mehr Geld oder weniger Geld bei Beschäftigungsträgern und Weiterbildungsträgern im Ruhrgebiet ankommt, ist nicht zu ermitteln. Die Anforderungen an die Träger für die Genehmigung von Projekten und Maß-nahmen sind stark gewachsen.

Gibt es Ansätze zu einer Koordinierung der Beschäftigungsförderung in der Region Ruhr?

Ja, es gibt sie – aber sie sind ebenso unübersichtlich wie die Programme. Sie laufen teilweise mit in der NRW-Koordination, etwa in der Koordination der G.I.B. oder im Netzwerk NRW Soziale Stadt.
Eine regionale Koordination kann auch innerhalb der Wohlfahrtsverbände vermutet werden: Paritätischer Wohlfahrtsverband, Arbeiterwohlfahrt, Caritas oder Diakonisches Werk.

Jüngst hat sich das regionale Netzwerk Weg & Raum, Projekt für Radwegebau und Freiraumgestaltung neu gegründet.

„Weg & Raum ist ein regional arbeitendes Netzwerk, in dem aktuell sechs Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger mit Sitz in Duisburg, Essen, Herne, Dorsten, Datteln/Kreis Recklinghausen und Dortmund Angebote für arbeitslose Menschen entwickeln und umsetzen.“ (aus Projektbeschreibung W&R, 2013)

Lokale Leuchttürme der Armutsbekämpfung: Anknüpfungspunkt für regionale Strategien – Beispiel im Bereich Mobilität und soziale Teilhabe: das Sozialticket

- Bestenfalls gut gemeint, aber ein Flop: das VRR-Sozialticket
- Es geht auch anders: Pilotprojekt Dortmund 2008 – 2010
- Peinlich: Nicht mal die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel werden vom Verkehrsverbund VRR ausgeschöpft

Beispiel im Bereich Mobilität: Pilotprojekt Sozialticket Dortmund

Das lokale Pilotprojekt mit einem 15 €-Ticket erreichte bis zu 25% der Berechtigten.

Absatz 15-Euro-Ticket Dortmund (Abonnements) lt. Angaben DSW21

	zum Jahresende	Jahresdurchschnitt	
		absolut	in % der Berechtigten
2008	knapp 23.000	17.800	19,3
2009	24.100	23.400	25,4

Berechtigt für das Sozialticket waren etwa 92.000 Einwohner/-innen Dortmunds (ohne Empfänger wirtschaftliche Jugendhilfe)

Insgesamt wurden in den 24 Monaten (2008 – Anfang 2010) knapp 500.000 rabattierte Monatskarten verkauft. Nach vorsichtigen Schätzungen von Akoplan wurden durch das Angebot während dieser 24 Monate rund 15 Millionen an zusätzlichen Fahrten mit den Verkehrsmitteln des ÖPNV generiert.
Kosten für die Stadt Dortmund: 6-7 Mio. € an Ausgleichszahlungen

zusammengestellt von Akoplan

Gibt es auf der regionalen Ebene Ansätze zu einer verbesserten Mobilität ?

Vielleicht gut gemeint, aber ein Flop: das VRR-Sozialticket

Entwicklung des Absatzes lt. VRR-Angaben seit der Einführung im November 2011 * Basis: ca. 911.000 Berechtigte im VRR-Raum

Monat	verkaufte Tickets	in % der Berechtigten*
Nov. 2011	31.097	3,4
Dez. 2011	31.134	3,4
Jan 2012	43.092	4,7
Feb 2012	43.581	4,8
März 2012	46.344	5,1
Jun 2012	47.300	5,2
Aug 2012	48.700	5,3
Nov 2012	55.000	6,0
Summe Jan-Nov 2012	563.319	-
VRR-Durchschnitt 2012	rd. 48.200	ca. 5,3 %

Quellen: VRR-Drucks. M/VIII/2013/0399 v. 14.2.2013 und ältere Drucksachen, ferner VRR-PM „VRR erzielt weiter steigende Fahrten und Einnahmen“ (v. 28.2.13). Zusammengestellt von Akoplan.

Vielleicht gut gemeint, aber ein Flop: das VRR-Sozialticket (Teil 2)

Peinlich: Nicht einmal die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel werden vom VRR ausgeschöpft

Ausgangspunkt: Dem VRR stehen aus der Fördermitteln des Landes, die nach den Berechtigtenzahlen (Leistungsbezug nach SGB II/SGB XII) auf die Regionen bzw. auch einzelne Kommunen/Verkehrsbetriebe verteilt werden, rund 15 Mio. € jährlich zu (Obergrenze).

Der VRR war bei der Festlegung des Preises für sein Sozialticket von recht unrealistischen Prämissen ausgegangen. Besonders die Tatsache, dass die Verantwortlichen in diesem Fall den Zusammenhang zwischen Preis und Nachfrage zu „übersehen“ schienen, war immer wieder Gegenstand von Kritik seitens der Sozialticket-Initiativen. Aus Angst vor möglichen Mehrbelastungen der beteiligten Verkehrsbetriebe bzw. Kommunen wurde der Preis auf 29,90 € im Monat festgesetzt. Wie man heute weiß, auch „fördertechnisch“ eine blamable Fehlkalkulation:

Jahr	Verkaufte Tickets*	rechnerische Mindereinnahmen**	Zuschussrahmen Landes-Förderung	ungenutzt blieben
2011	rd. 62.200	0,79 Mio. €	ca. 7,5 Mio. €	ca. 6,7 Mio. €
2012	rd. 578.000	7,38 Mio. €	ca. 15 Mio. €	ca. 7,6 Mio. €

* Lt. VRR-Angaben
** Eigene Berechnungen auf Basis des von einem Gutachter ermittelten Defizitsbetrags von 12,76 € pro verkauftem Ticket (s. hierzu die VRR-Beschlussvorlage M/VIII/2012/0356/1 v. 14.9.2012)
zusammengestellt von Akoplan

Lokale Leuchttürme der Armutsbekämpfung: Anknüpfungspunkt für regionale Strategien – Beispiel Bildung: Grundschule Kleine Kielstraße

Die Grundschule Kleine Kielstraße praktiziert erfolgreiche Frühförderung u.a. per wohnungsnahen KITAs Ladenlokalen und kreative Pädagogik im deutschsprachigen Unterricht und im Erwerb sozialer Kompetenz durch eine Fülle kumulierter Drittmittelprogramme. Die Stadt Dortmund unterstützt dies mit Programmmitteln.

„Gute Nachrichten für die 81 Dortmunder Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter: Sie werden zunächst bis zum Ende des Schuljahres 2013/14 weiter an Dortmunder Schulen tätig sein. Das hat der Verwaltungsvorstand heute (28. Mai 2013) beschlossen. Arbeitsrechtlich sieht die Regelung so aus, dass die bislang städtischen Beschäftigten zum ISB e.V. (Interessengemeinschaft sozialgewerblicher Beschäftigungsinitiativen) wechseln, diejenigen die bereits vorher bei freien Trägern waren, bleiben in diesen Organisationen. Das Problem der Finanzierung konnte aus nicht abgerufenen Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz gelöst werden“

aus: Zusammenfassung zur Verwaltungsvorstands-Sitzung Dortmund am 28.05.2013

Gibt es Ansätze zu einer Koordinierung einer sozialen Bildungsförderung/ Frühförderung in der Region Ruhr?

Außer dem vom RVR herausgebenen Bildungsbericht Ruhr (2012)* ist uns nichts bekannt.

* **Fundstelle:**
http://www.metropoleruhr.de/fileadmin/user_upload/metropoleruhr.de/Bilder/Wissenschaft_Forschung/Bildungsbericht_Ruhr/Ruhr_ISBN2631.pdf

5. Fazit

Auch wenn einige wenige Ansätze regionaler Koordination sichtbar sind, es bleibt noch viel zu tun auf einem Weg zur Sozialen Stadtregion Ruhr.

Weil Armutsbekämpfung in ihrer Praxis lokalen räumlichen Kontextbedingungen folgen muss, Leuchttürme der Armutsbekämpfung in der Region hervorgebracht hat und immer wieder hervorbringt, Freiwillige und Institutionen der Wohlfahrt, Staat, Land und Kommune sich dort einbringen, kann eine lebendige und kreative regionale Koordination regionaler Armutsbewältigung sich auf diese Akteure stützen.

Benötigt wird aktuell als Plattform einer regionalen Verständigung über Armut und Armutsbekämpfung in der Region Ruhr ein erster Armuts- oder Sozialbericht Ruhr.

Benötigt wird ebenfalls ein erstes regionales Netzwerk Armutsbekämpfung als weiterer Baustein für eine soziale Stadtregion Ruhr

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.
Packen wir's an!

AKOPLAN - Institut für soziale und ökologische Planung e.V.
www.akoplan.de
Huckarder Str. 10-12, 44147 Dortmund
Tel. 0231 / 33 67 173